

## **AK-Liste „Bunte Demokratie für Alle“ (BDFA)**

**153. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
Am 28.04.10**

### **Antrag Nr 1**

#### **Familienbeihilfe für die Kinder subsidiär schutzbedürftiger Personen**

Die 153. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert, dass

**subsidiär schutzberechtigte Personen in Österreich ab Erhalt ihres Bescheides Familienbeihilfe beziehen, ohne dass die Berufstätigkeit Bedingung dafür sein soll.**

#### **Begründung:**

Die momentane Gesetzeslage sieht nicht vor, dass subsidiär schutzberechtigte Personen in Österreich Familienbeihilfe für ihre Kinder erhalten, da sie für die Dauer ihres Aufenthaltes in Österreich in Grundversorgung sind, bis ein Mitglied der Familie berufstätig wird.

Subsidiär schutzberechtigte Personen sind damit die einzige Gruppe, bei der die Beschäftigung eine Voraussetzung zum Erhalt der Familienbeihilfe ist.

Diese Diskriminierung führt zu einer Benachteiligung der betroffenen Kinder, die dadurch für die Nicht-Berufstätigkeit ihrer Eltern büßen sollen.

## **AK-Liste „Bunte Demokratie für Alle“ (BDFA)**

**153. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 28.04.10**

### **Antrag Nr 2**

#### **Gebührenbefreiung bei den Wiener Linien für alle Personen in der Grundversorgung**

Die 153. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert die Gebührenbefreiung bei den Wiener Linien für jene Personen, die in der Grundversorgung sind.

#### **Begründung:**

Da solche Personen nicht arbeiten dürfen, ist es für sie nicht leistbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln sich fortzubewegen, beispielsweise zum Deutschkurs, zu wichtigen behördlichen Terminen, Kindergarten, Schule, usw.

Da sie gezwungenermaßen „schwarz“ fahren müssen, besteht die Gefahr, dass sie aufgegriffen werden und dann die Strafe und anfallende Gebühren zahlen müssen. Dies stellt eine hohe Belastung dar. Sie müssen sich verschulden, noch bevor sie in die Berufswelt einsteigen können oder eine Ersatzfreiheitsstrafe im Gefängnis ableisten. Das kann den Asylantrag gefährden.

Diese materielle Lage führt zu einer Benachteiligung all jener, die wegen ihres momentanen Status am existenziellen Limit leben.

## **AK-Liste „Bunte Demokratie für Alle“ (BDFA)**

**154. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 27.10.2010**

### **Antrag Nr 1**

Die 154. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert, dass

**das Arbeitsrecht auch für undokumentiertes Arbeiten gelten soll - zum Schutz aller abhängig Arbeitenden.**

Diese Forderung beinhaltet:

1. Änderung der österreichischen Rechtslage, sodass bei undokumentierter Arbeit nicht nur im Fall von Lohnbetrug rechtliche Schritte gegen ArbeitgeberInnen möglich sind, sondern auch darüber hinaus Ansprüche wie auf Grund eines gültigen Arbeitsvertrages bestehen, z.B.:
  - Kündigungs- und Entlassungsschutz: Lohnentgang durch nicht eingehaltene Kündigungsfristen muss einklagbar sein.
  - ArbeitgeberInnen müssen im Rechtsstreit auch zur nachträglichen Zahlung der sonst anfallenden Lohnnebenkosten verpflichtet werden können: Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung, MitarbeiterInnenvorsorge, Abgaben, Steuern, etc.
2. Keine Ausweisung oder Abschiebung von undokumentiert Arbeitenden während eines laufenden Rechtsstreits bzw. Weiterführung des Prozesses auch nach einer Abschiebung. Die Rechte der Abgeschobenen müssen durchgesetzt werden. Die Durchsetzung von Arbeitsrechten darf nicht durch fremdenpolizeiliche Maßnahmen erschwert oder verhindert werden.
3. Arbeitsverhältnisse/verträge dürfen nicht bei fehlender Beschäftigungsbewilligung bzw. grundsätzlich bei undokumentierter Arbeit als nichtig erklärt werden.
4. Einrichtung in der AK einer Beratungsstelle für undokumentiert Arbeitenden.

### **Begründung:**

Lohnarbeit ohne jede Form der sozialen Absicherung und rechtlichen Regulierung, verheerende Arbeitsbedingungen und Überausbeutung bis hin zu Fällen von Lohnbetrug und Übergriffen seitens der Vorgesetzten: Das ist für viele Menschen eine Realität. MigrantInnen, denen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus der Zugang zu den formellen Sektoren des Arbeitsmarkts versperrt ist und die sich deshalb in seinen informellen Sektoren verdingen müssen, bewegen sich in einer Grauzone aus völliger Willkür und Rechtlosigkeit. Undokumentiertes Arbeiten – d.h. Arbeiten ohne Arbeitspapiere – betrifft sowohl Personen ohne als auch mit legalem Aufenthaltstatus

in Österreich, z. B. bei StaatsbürgerInnenschaft „neuer“ EU-Länder, Aufenthaltsbewilligung durch das ordentliche Studium an einer österreichischen Hochschule, Fehlen der Beschäftigungsbewilligung aufgrund des Verschuldens der BetriebsinhaberInnen, etc.

Die soziale und rechtliche Diskriminierung undokumentiert abhängig Arbeitender macht diese jedoch nicht nur erpressbar und ausbeutbar, sie führt auch dazu, dass die sozial- und kollektivvertragsrechtlichen Standards unterminiert werden. Die Ausbeutung und rechtliche Schutzlosigkeit von undokumentiert abhängig Arbeitenden führt daher zu einer Schwächung der Position aller abhängig Beschäftigten in Österreich.

Abstimmungsverzeichnis - Anträge an die 154. Vollversammlung

Fraktion	Nr.	Thema	FSG	ÖAAB	FA	AUGE	GA	Persp.	BM	GLB	Türkis	Kom.	B DFA	Abstimmungs- ergebnis
FSG	R1	Für eine sichere, leistungsfähige und sozial gerechte Pensionsversicherung. Es gibt keine Alternative zur gesetzlichen Pensionsversicherung.	+	-	-	+	+	+	+	+	+		Z	
	R2	Konjunkturbelebung durch Stärkung der Einkommensentwicklung sichern	+	-	-	+	+	+	+	+	+		+	
	1	Keine neuen Massensteuern	+	-	Z	Z	+	+	+	+	+		+	
	2	Kampf gegen Steuerhinterziehung	+		+	+	+	+	+	+	+		+	
	3	Sozial gerechte Ökologisierung des Steuersystems	+	-	-	+	+	+	+	+	+		Z	
	4	Für eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte	+	-	-	ei Änd.	+	+	+	+	+		+	
	5	Budgetkonsolidierung nicht auf Kosten der Arbeitslosen - Sie haben für die Krise schon genug bezahlt	+		+		+		+	+	+		+	
	6	Nachhaltige Stärkung des Bildungsstandorts Österreich - Budgetkonsolidierung darf nicht zu Lasten der Zukunftsinvestition Bildung gehen	+	Z	-	Z	+	+	+	+	+		+	
	7	Faire Arbeitsbedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter-	gemeinsamer Antrag 2											
	8	Nachhaltige Budgetkonsolidierung durch Investitionen in den Sozialstaat	+	Z	+	ei Änd.	+	+	+	+	+		+	
	9	Verpflichtende Weiterbildung der AusbilderInnen	+	+	+	+	+	+	+	+	+		+	
	10	Freistellung für Prüfer/innen bei der Lehrabschlussprüfung bzw Juror/innen bei den Praxistests	+	+	+	+	+	+	+	+	+		+	
	11	Reform der Pflegehilfe	+	+	-	Z	Z	+	+	Z	Z		Z	
	12	Reform der medizinischen Assistenzberufe	+	+	+	-	+	+	+	+	+		+	
	13	Kein Lohn- und Sozialdumping durch die Hintertüre: Langzeitarbeitslose brauchen kollektivvertraglich und sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Beschäftigung	+	-	Z	+	+	+	+	+	+		Z	
	14	Zwangsmaßnahmen gegen Sozialdumping im Verkehrsbereich	+	+	+	+	+	+	+	+	+		Z	
	15	Gentechnikfreiheit in Österreich absichern und verbessern	+	-	+	+	+	+	Z od. +	+	+		+	
	16	Aufhebung der 10%-Grenze für die Neue Mittelschule	+	-	-	+	+	+	+	+	+		+	
	17	Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistungen in Wien	+	+	+	+	+	+	+	+	+		+	
	18	Verbesserung der Stellung der MieterInnen	+	+	+	+	+	+	+	+	+		+	
	19	Änderung des Maklergesetzes	+	+	+	+	+	+	+	+	+		+	
	20	Bildungsreform JETZT	+	-	-	+	+	+	+	+	+		+	
	21	Effiziente Auftraggeberhaftung für Arbeitnehmerforderungen	+	-	+	+	Z	+	+	+	+		+	
	22	Kein Mehrwertentgelt in Warteschleifen	+		+				+				+	
ÖAAB/FCG	1	Forderungen und Inhalte aller in der VV wahlwerbenden Fraktionen in der „AK für Sie“ medial verwerfen!	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	Z	
	2	Bedarfsorientierte Pflegefreistellung	gemeinsamer Antrag 1											
	3	Erhöhung und Evaluierung des AK-Bildungsgutscheins	Z	+	+	Z	Z	Z	+	+	Z	+	Z	
	4	Gesetzlich verankerter Schutz für überlassene Arbeitskräfte	gemeinsamer Antrag 2											
	5	Sozialversicherung und Selbstverwaltung - die Grundpfeiler der österreichischen Sozialversicherung	Z	+	-	Z	Z	Z	Z	Z	Z	+	Z	
	6	Aufkommensgerechte Finanzierung der österreichischen Pensionsversicherung	Z	+	Z	Z	Z	+	Z	Z	Z	Z	Z	
	7	Evaluierung und Befragung von Eltern zur Kindergartensituation	-	+	+	Z	Z	Z	Z	+	Z	Z	Z	
	8	Erweiterung des AK-Gesetzes bezüglich Zusammensetzung und Aufgaben der Vollversammlung	-	+	Z	Z	-	Z	Z	Z	Z	Z	Z	
	9	Aufarbeitung der Studienergebnisse zum Thema „Nachhilfe“	-	+	+	Z	Z	Z	+	Z	Z	+	+	
	10	Wiener Ausbildungsgarantie evaluieren	-	+	+	Z	Z	-	-	Z	Z	+	Z	
	11	Irreführung und Täuschung der Konsumenten bei Kauf von Lebensmitteln verhindern	Z	+	+	Z	+	+	+	Z	+	Z	Z	
	12	Änderungen von Arbeits- und Dienstrechten weiterhin auf Sozialpartnerebene verhandeln	+	+	Z		+	+	+	-	+	-	Z	
FA	1	13. und 14. Monatsgehalt nicht höher besteuern	+	+	+	Z	+	+	+	+	+	+	+	
	2	13. Familienbeihilfe sicher stellen	+	+	+	Z	+	+	+	+	+	+	+	
	3	AMS-Bewerbungskurse kürzen	Z	+	+	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	
	4	Arbeitslosenstatistik RICHTIG	-	-	+	+	+	+	+	+	+	+	+	
	5	Arbeitsplätze statt Kunst	-	-	+	-	Z	-	-	-	-	-	-	
	6	Mehr Transparenz der Pflegeleistung	Z	Z	+	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z	

Abstimmungsverzeichnis - Anträge an die 154. Vollversammlung

Fraktion	Nr.	Thema	FSG	ÖAAB	FA	AUGE	GA	Persp.	BM	GLB	Türkis	Kom.	BDFa	Abstimmungs- ergebnis
	7	Fairness bei Wahlkämpfen	-	-	+		Z	Z	-	Z	Z	Z		
	8	Integration statt Profit	-	-	+	-	Z	-	-	-	-	-	-	
	9	Nein zu diesem Terrorismuspräventionsgesetz	Z	-	+	-	Z	-	-	-	Z	-		
	10	Karenzzeit ausdehnen	-	-	+	-	+	-	-	-	-	-	-	
	11	Neugestaltung der Karlsplatzpassage mit Geschäften	-	-	+	-	Z	-	-	-	-	-	-	
	12	Kein Patent für mit Gen-Nahrung gefütterte Tiere	Z	-	+		Z	-	Z	Z	Z	Z		
	13	Keine staatlichen Finanzhilfen für überschuldete Länder	-	-	+	-	Z	-	-	-	-	-	-	
	14	Keine Zwangsaufteilung bei Karenz	-	-	+	-	+/-	-	-	-	-	-	-	
	15	Kennzeichnung Gentechnik	Z	-	+	Z	Z	Z	Z	Z	Z	Z		
	16	Bessere Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel aus EU-Raum	-	+	+	+	+	-	+	+	-	+	-	
	17	Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes um 20 Prozent	Z	-	+	Z	+	+	+	Z	+	Z		
	18	Kontrollen Lebensmittel auf GVO	Z	-	+		+	Z	Z	Z	Z	Z		
	19	Kostenlose Wiener Wohnen-Hotline für alle	Z	Z	+	Z	Z	Z	+	Z	Z	Z od. +		
	20	Ergänzung auf Internetseite der AK-Wien	Z	+	+	Z	+	Z	+	Z	Z	Z		
	21	Sinnvolle Maßnahmen gegen Glückspielsucht	Z		+	Z	+	Z	Z	Z	Z	Z		
	22	Massnahmen gegen Telefonbetrug mit Glückspiel I	Z		+	Z	Z	+	Z	Z	+	Z		
	23	Massnahmen gegen Telefonbetrug mit Glückspiel II	-	+	+	+	+	+	-	+	+	Z		
	24	Absage an eigene EU-Steuer	-		+	-	+	-	-	+	-	Z		
	25	Novelle des ADG aufheben	-	-	+	-	Z	-	-	-	-	-	-	
	26	Entfall des Pensionsversicherungsbeitrages bis zur Höhe der ASVG Höchstpension	Z	+	+	+	Z	+	+	+	Z	Z		
	27	Einführung Pensionssparbuch	-	-	+	-	-	-	-	-	-	-		
	28	Behördliche Preisobergrenze für Sprit	Z	Z	+	-	Z	Z	Z	+	-	Z		
	29	Pensionsauszahlung am Monatsletzten	Z	-	+	+	+	+	+	+	+			
	30	Rücktritt Sozialminister	-	-	+	-	-	-	-	-	-	-		
	31	Schutz für Journalisten und Pressefreiheit	-	-	+	+	Z	+	-	+	+	Z		
	32	Schutzzone statt Arbeitsstrich	-	-	+	-	Z	-	-	-	-	-	-	
	33	Seiten für Fraktionen in „AK – FÜR SIE“	-	+	+	Z	+	+	+	Z	Z	Z		
	34	Soziale Gerechtigkeit bei Familienbeihilfe im EU-Raum	-	-	+	-	Z	-	-	-	-	-	-	
	35	Steuer- und Abgabenlast auf EU-Niveau senken	Z	-	+	-	Z	Z	Z	Z	Z	Z		
	36	Strafen für GVO-Anbau	Z	Z	+		+	-	Z	Z	Z	Z		
	37	Ungerechtigkeit bei pflegebedürftigen Kindern	Z	Z	+	-	Z	Z	Z	Z	Z	Z		
	38	Änderung motorbezogene KFZ Steuer	Z	-	+	Z	+	Z	Z	Z	Z	Z		
	39	Verlängerung der Übergangsfristen	-	-	+	-	Z	-	-	-	-	-	-	
AUGE/UG	R1	Nein zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts! Nein zum 6-Punkte Legislativpaket der EU-Kommission!	+	Z	Z	+	Z	+	+	+	+	+	+	
	1	Weg mit dem Spitalskostenbeitrag für Kinder!	Z		+	+	+	+	Z	+	+	+	+	
	2	Rezeptgebührenobergrenze	Z	Z	+	+	+	+	Z	+	+	+	+	
	3	Nächtigungsgebühr stoppen!	Z	Z	+	+	+	+	Z	+	+	+	+	
	4	Auflösung des Fonds Soziales Wien (FSW) und Wiedereingliederung in den Magistrat der Stadt Wien			+	+	Z	Z	?-	+	Z	+	+	
	5	Ausschreibungskriterien in der öffentlichen IT-Beschaffung	Z	Z	Z	+	+	Z	Z	Z	Z	+	+	
	6	Österreichische Dekade „Konjunkturpaket tertiäre Bildung und Forschung“	+	Z	+	+	+	+	+	+	+	+	+	
	7	Reduzierung der Überstunden	Z	-	-	+	+	Z	+	+	+	Z	+	
	8	Fahrerqualifizierungsnachweis auch in Muttersprache ermöglichen!	Z	-	-	+	Z	+	+	+	+	+	+	
	9	Keine Verlängerung der Funktionsperiode von Personalvertretung/Betriebsrat auf 5 Jahre!	-	-	+	+	+	Z	Z	+	+	+	+	
	10	Mehr Transparenz – OeNB Daten zu Vermögenslagen in Österreich der Öffentlichkeit zugänglich machen!	+	-	+	+	Z	+	+	+	+	+	+	
	11	Höhere Steuereinnahmen können mehr Steuergerechtigkeit nicht ersetzen! Steuereinnahmen für Investitionen in Bildung und Soziales verwenden!	bei Änd. +		-	+	+		+	+		+	+	
	12	Ersatzlose Streichung des § 8 im Österreichischen Versammlungsgesetz!	Z	-	-	+	Z	+	Z	+	Z	+	+	
	13	Schluss mit „Bearbeitungsgebühren“ bei den ÖBB!	-	+	+	+	Z	+	+	+	+	+	+	
	14	Keine Verschlechterungen beim Pflegegeld!			+	+			+			+	+	
	15	Keine Verschärfung des Zugangs zur Invaliditätspension!			+	+			+			+	+	

Abstimmungsverzeichnis - Anträge an die 154. Vollversammlung

Fraktion	Nr.	Thema	FSG	ÖAAB	FA	AUGE	GA	Persp.	BM	GLB	Türkis	Kom.	B DFA	Abstimmungs- ergebnis
GA	1	Abschalten der Schrottreaktoren in der EU	Z	+	+	Z	+	+	+	Z	+	Z	Z	
	2	Kein Export von Elektroschrott in die Entwicklungsländer	+	+	+	Z	+	+	+	Z	+	+	+	
	3	Förderung von Elektroautos	Z	-	-	Z	+	Z	Z	Z	Z	Z	Z	
	4	Förderung und Erhöhung der Sicherheit beim Radverkehr	Z	-	-	+	+	Z	Z	Z	+	Z	+	
	5	Verstärkte und bessere Maßnahmen gegen Mobbing	Z	Z	Z	Z	+	Z	Z	Z	Z	+	Z	
	6	Kennzeichnung von sozial geführten Supermärkten und Händlern	Z	+	Z	-	+	Z	+	Z	Z	Z	Z	
Liste Perspektive	1	Die Möglichkeit während des Bezuges von Arbeitslosengeld und Mindestsicherung zu arbeiten	-	+	+	-	Z	+	Z	-	+	-	-	
	2	Steuersenkungen	-	-	+	Z	Z	+	Z	Z	+	Z	Z	
	3	Vergünstigte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel für Kinderbetreuungsgeldbezieher	-	Z	+	Z	+	+	Z	Z	Z	-	Z	
	4	Rot-Weiß-Rot Card	Z	Z	Z	+	Z	+	+	+	+		Z	
	5	Überarbeitung der Studienpläne	+	Z	Z	Z	Z	+	+	+	+		Z	
	6	Abschaffung der Wehrpflicht und des Zivildienstes	-	-	-	Z od. + od. -	-	+	Z	-	+	-	Z	
	7	Besuchsrecht der geschiedenen Eltern	Z	+	+	Z	Z	+	+	Z	Z	+	Z	
	8	Aufhebung der Pflicht zur Bekanntgabe der Scheidung bei Aufenthaltstiteln über Ehegatten nach dem NAG binnen 4 Wochen	Z	Z	-	+	Z	+	+	Z	+	+	+	
	9	Überprüfung der Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes	Z	Z	Z	Z	Z	+	+	-	Z	-	Z	
	10	Umsetzung der UN- Kinderrechtskonvention	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	
	11	Die Einhaltung der Budgetvorlagefrist	-	-	+	Z	Z	+	Z	Z	Z	+	Z	
	12	Verkleinerung der Kindergartengruppen	Z	+	Z	+	+	+	Z	+	+	+	Z	
	13	Informationspflichten der AK	-	+	+	Z	Z	+	+	Z	Z	+	+	
	14	Liberalisierung des Gewerberechts	-	Z	Z	-	Z	+	-	-	+	+	Z	
	15	Kollektivvertrag für Kindergartenbedienstete	Z	Z	+	Z	Z	+	+	Z	Z	+	+	
	16	Schwerere Sanktionen für die Ungleichbehandlung	Z	Z	Z	Z	+	+	+	Z	Z	+	+	
	17	Niederlassungsbewilligung für ausländische Studienabsolventen in Österreich	Z	Z	Z	+	Z	+	+	Z	+	+	+	
	18	Aberkennung der Staatsbürgerschaft aufgrund von Verfahrensfehlern	Z	Z	-	+	Z	+	+	+	+	+	+	Z
BM	1	Bildung für Migranten	Z	-	-	+	Z	+	+	Z	+	Z	Z	
	2	Hetzparolen, Diskriminierung und Rassismus auf Werbeflächen und Medien unterbinden	Z	+	Z	Z	Z	+	+	Z	+	Z	+	
	3	Mehr Bewegungs- und Sportmöglichkeit für Jugendlichen	Z	Z	+	Z	Z	+	+	Z	+	Z	Z	
	4	Deutschkurse für Integration mehr fördern	Z	-	-	+	Z	+	+	+	+	Z	Z	
	5	Spezialisten einsetzen statt abschieben	Z	Z	Z	Z	Z	+	+	Z	+	Z	Z	
	6	LKWs mit Rückfahrtsensoren	+	Z	+	+	+	+	+	+	+	+	Z	Z
	7	Agrar-Förderungen sollen gerechter verteilt werden	Z	Z	+	Z	+	Z	+	Z	Z	Z	Z	
GLB	1	Privatstiftungen	+	-	Z	+	+	+	+	+	+	+	+	
	2	Gesetzlicher Mindestlohn	Z	-	Z	+	+	Z	+	+	+	-	+	
	3	Studiengebühren	bei Änd. +	-	Z	+	+	+	+	+	+	bei Änd.	+	
	4	Energiegrundsicherung	Z	-	Z	+	Z	Z	+	+	Z	+	+	
GLB	5	Freifahrt	-	-	-	+	Z	Z	Z	+	Z	+	+	
	6	Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke	+	+	+	+	+	Z	+	+	+	+	Z	
	7	Pensionssicherungsbeitrag	Z	Z	Z	+	Z	Z	Z	+	+	+	Z	
TÜRK-IS	1	Einsatz von Interkulturellen MediatorInnen und die Bildung von Interkulturellen MediatorInnen POOL´s	Z	Z	Z	+	Z	+	+	Z	+	Z	Z	

